

Klimaschutz Programm für Norden



Es braucht schnelles und wirksames politisches Handeln auf allen Ebenen, um den deutschen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen bis zum Jahre 2040 zu leisten, das Verbrennen fossiler Energieträger komplett einzustellen und vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Es reicht nicht, mit dem Finger auf die Landes- und die Bundesregierung zu zeigen. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss auch in den Städten und Gemeinden und damit in Norden endlich Fahrt aufnehmen und vom Klein-Klein zum großen Wurf kommen. Eine Klimaschutzoffensive auf allen gesellschaftlichen Ebenen eröffnet große Chancen: Für ökologische Modernisierung, nachhaltige Wertschöpfung und Arbeitsplätze¹⁾ sowie eine sichere, dezentrale und regionale Energieversorgung. Über einen effizienten Ressourceneinsatz und eine sozial gerechte Gestaltung ist es möglich, die Energiewende auch

in Norden zum Erfolg zu führen. Die Unterstützung in der Bevölkerung für eine konsequente Klimaschutzpolitik ist stark und wächst weiter. Außerdem wirkt der sofortige Klimaschutz als Konjunktur- und Strukturentwicklungsprogramm, das in der Norder Region aufgrund der geplanten Schließung der UEK und der Auswirkungen des Arbeitsplatzabbaus bei Enercon wie gerufen kommt.



Demonstration Fridays for Future am 14.6.19 in Norden

Darüber hinaus wird das Image der Gesundheitsregion Norderland gefördert. Jeder investierte Euro in den Klimaschutz wirkt als Multiplikator und löst monetär eine 2 – 5-fache Wirkung zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze aus, die sich in Umsatz und Einkommen in der Region und damit in Steuermehreinnahmen der Stadt Norden niederschlagen. Wir schlagen für unsere Stadt ein Sektoren gekoppeltes Klimaschutzkonzept vor - welches folgende Forderungen erfüllt:

Entscheidungen unter Klimavorbehalt stellen

Alle politischen und administrativen Maßnahmen der Stadt werden unter Klimavorbehalt gestellt. Alle neuen Satzungen, Beschaffungen, Steuern, Fördermittel etc. werden auf ihre Klimaauswirkungen

hin geprüft und bewertet. Grundlage dafür sind wissenschaftliche Erkenntnisse. In der Abwägung werden zukünftig diejenigen Lösungen bevorzugt, die vor allem den Klima-, Umwelt- und Artenschutz fördern.

Für das Jahr 2019 wird eine CO₂-Bilanz für das Stadtgebiet vorgelegt, die alle zwei Jahre fortgeschrieben und zeitnah veröffentlicht wird. Die personellen Ressourcen der Verwaltung werden für die Klimaschutzaufgaben im notwendigen Umfang gestärkt, wozu eine Klimaschutzmanagerin oder ein Klimaschutzmanager gehört, die oder der unverzüglich eingestellt wird.



Demonstration am 20.9.19 in Aurich

Klimafonds Norden einrichten

Die Stadt richtet einen eigenständigen Klimafonds ein, zunächst in Höhe von 500.000 Euro, der je nach Mittelabfluss wieder aufgefüllt wird. Aus die-

ständig ohne fossile Energien betrieben werden. Die Stadt geht mit ihren Liegenschaften beispielhaft voran und fängt damit sofort an, wozu auch die laufende Energieeinsparschulung von Hausmeistern gehört.

Für die innerstädtischen Räume sind Verdichtungs- und Quartierskonzepte zu entwickeln. Mittel aus dem Klimafonds sollen genutzt werden, damit die Kosten die Einspareffekte für Mieter*innen nicht übersteigen und die Investitionen für Eigentümer*innen wirtschaftlich verträglich bleiben. Das Bauen mit dem Kohlenstoffspeicher Holz wird ebenfalls durch den Klimafonds gefördert.



Tempo bei der Mobilitätswende

Die Stadt Norden wirkt auf den Landkreis und über den Landkreis auf die Nachbarkreise ein, damit Busse und Bahnen verlässlich aufeinander abgestimmt und tagsüber flächendeckend mindestens im Stundentakt verkehren, einschließlich der vollständigen Anerkennung des Niedersachsentickets und der Übernahme des EcoBus-Modells, das im Stadtgebiet Norden unabhängig vom Landkreis begonnen wird.

Die Stadt setzt sich über den Landkreis für die Wiederaufnahme des Bahnbetriebes der Strecke Georgsheil, Aurich, Esens ein. Außerdem wird sich

die Stadt im Rahmen aller ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für die Einführung eines Jahrestickets von 365,00 €/Person zur ÖPNV-Nutzung im gesamten Bundesgebiet einsetzen.

Landesmittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz werden ausschließlich für die Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs sowie des Rad- und des Fußverkehrs eingesetzt. Die Stadt gibt sich ein integriertes Mobilitätskonzept mit dem Ziel der Gleichberechtigung von Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und dem motorisierten Individualverkehr.



Die Stadt verpflichtet sich, bei Neuanschaffungen von Nutz- und Dienstfahrzeugen ausschließlich Fahrzeuge ohne fossil betriebene Verbrennungsmotoren anzuschaffen. Der Anteil der Dienstfahräder am städtischen Fuhrpark und dessen Gebrauch wird erhöht. Für die städtischen Fahrzeuge wird ein Fuhrparkmanagement eingeführt. Die Innenstadt (Marktplatz, Osterstraße, Neuer Weg) wird vom Autoverkehr zugunsten einer Parklösung analog Nordenney befreit.

Der Fahrradanteil am Verkehr in Norden wird bis zum Jahre 2030 auf 30 % erhöht. Dazu werden Fahrradstraßen errichtet und Innenstadtbereiche in Norden und Norddeich bei Bedarf für den motorisierten individuellen Durchgangsverkehr gesperrt. Tempo 30 wird zusätzlich überall dort vorgeschrieben, wo von Straßen abgetrennte Fahrradwege

eingeführt sind. Die Anschaffung von Lastenfahrrädern wird vom Klimafonds gefördert.

Per Rad und/oder Bahn anreisende Gäste sollen mit Gutscheinen für die kostenlose Nutzung städtischer Einrichtungen belohnt werden. Das städtische Tourismuskonzept wird unter Einbezug der örtlichen Anbieter*innen ökologisch und regional ausgerichtet.

Elterntaxen werden unattraktiv gemacht. Weitere Ladestationen für E-Automobile werden aufgebaut.

Landwirtschaft ökologisch umbauen

Die Landwirtschaft leidet unter den Folgen des Klimawandels.



Zugleich trägt sie erheblich durch Methan-Emissionen aus der Tierhaltung, das Ausbringen von Wirtschaftsdünger (Gülle, Festmist) sowie Lachgas-Emissionen aus landwirtschaftlich genutzten Böden als Folge der Stickstoffdüngung (mineralisch und organisch) zur Emission klimaschädlicher Gase bei.

Hinzu zu rechnen sind die Treibhausgasemissionen durch die Rodung und Zerstörung von Regenwäldern und Mooren in den Tropen für den Anbau von Tierfutter für die heimische Tierhaltung und die Fleisch- und Milchproduktion.

Auch wenn die Grundlagen der Agrarförderung europäisch geregelt werden, hat die Stadt Handlungs-

optionen, die sie im Interesse der Umwelt und einer nachhaltigen Landwirtschaft nutzen soll: Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche im Stadtgebiet soll bis 2030



auf 30 Prozent steigen. Betriebe, die sich auf ökologische Bewirtschaftung umstellen, werden vom Klimafonds gefördert.

Auf den besonders Humus zehrenden und damit CO2 freisetzenden Umbruch von Grünland wird auf städtischen Flächen verzichtet.

Bäume und Böden als CO2-Speicher schützen und stärken

Bäume und Böden sind Kohlenstoffspeicher. Durch vermehrte Nutzung wird der dort über Jahrtausende eingelagerte Kohlenstoff freigesetzt. Es ist wichtig, die natürlichen Kohlenstoffspeicher zu erhalten. Deshalb wird die Stadt auf ihrem Gebiet die Umwandlung von Acker- in Dauergrünland und das Pflanzen heimischer Baumarten sowie das Auffors-

ten hin zu naturnahen Laub-Mischwäldern fördern. Das Beseitigen von Vorgärten durch Verkieselung und andere Maßnahmen wird sofort unterbunden. Der Grünschnitt wird in Norden verwertet. Zur Treibhausgasminde- rung werden die Recyclinggraten sowie die energieeffiziente Behandlung der Restabfälle in der Touristenregion Norderland mit dem zusätzlichen Aufstellen von Abfallbehältern im öffentlichen Raum gesteigert.

Keine fossile Energien

Die Gewinnung und Verwertung fossiler Energien sind wegen der negativen Klimaauswirkungen nicht vertretbar. Es ist notwendig, insbesondere auf die Verstromung von fossilen Energieträgern zu verzichten und unverzüglich aus dem Kohlestrom auszustiegen.



Alle fürs Klima Demonstration am 20.9.19 in Aurich
Die Stadtwerke Norden verzichten deshalb auf den Verkauf von Kohlestrom, der Grundstromverkauf

besteht aus Norder Strom Natur; Einnahmeausfälle werden durch nachhaltige neue Geschäftsfelder kompensiert.

Die vorhandenen Heizwerke werden zu Heizkraftwerken umgerüstet, wenn dies die ökologische Bilanz verbessert.

1) Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes werden die notwendigen Klimaschutzinvestitionen bis 2030 deutschlandweit etwa 220.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.



Impressum

Fotos: Eigenaufnahmen, Flickr, FridaysForFuture, Windex, Trampe
V.i.S.d.Pressegesetzes: Walter Zuber, Bündnis 90 / Die Grünen – Ortsverband Norden, Schulstr. 33, 26506 Norden
Druck: CeWe, November 2019, inkl. Umweltausgleichsabgabe